



Vorläufige Stellungnahme der Initiative Urheberrecht zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur verbesserten Durchsetzung des Anspruchs der Urheber und ausübenden Künstler auf angemessene Vergütung

Die Initiative Urheberrecht setzt sich im Interesse der Stärkung der vertraglichen Position der UrheberInnen und der ausübenden KünstlerInnen* für eine Reform des geltenden Urhebervertragsrechts ein. Die vorhandenen Lücken müssen geschlossen werden, um das Ziel der Reform von 2002 zu erreichen.

Im 50. Jahr des Bestehens des geltenden Urheberrechts weisen wir darauf hin, dass bereits bei Verabschiedung des geltenden Urheberrechtsgesetzes allen Beteiligten klar war, dass eine alle Seiten befriedigende Gesetzgebung ohne Einbeziehung des Urhebervertragsrechts unvollständig bleiben müsste.

Unter den Bedingungen, die der technische Wandel – die „Digitalisierung“ – für die Entwicklung der Kulturwirtschaft schafft, ist eine Reform, die die Chancengleichheit zwischen Verwertern und Kreativen erhöht, dringend erforderlich. Denn nur das gemeinsame Handeln von Urhebern, ausübenden Künstlern und z.B. Verlagen, Produzenten und Sendern kann die Basis für eine starke Position der Kreativen und der Kulturwirtschaft insgesamt gegenüber den neuen Faktoren im Markt schaffen – insbesondere gegenüber den international agierenden Plattformbetreibern und den so genannten Intermediären – schaffen.

Es muss das gemeinsame Ziel der Kreativen und Verwerter sein, auf Augenhöhe und gemeinsam mit den neuen Kräften im Interesse der Verbraucher schnelle und gut funktionierende Lösungen zur Nutzung von Werken und Darbietungen anzubieten, die den Interessen aller Beteiligten, insbesondere auch der Endverbraucher, gerecht werden.

Augenhöhe zwischen Verwertern und Kreativen zu schaffen ist das Ziel des „Referentenentwurf eines Gesetzes zur verbesserten Durchsetzung des Anspruchs der Urheber und ausübenden Künstler auf angemessene Vergütung“ der Bundesregierung. Die Richtung stimmt, aber der Entwurf ist aus unserer Sicht in einigen Punkten überarbeitungsbedürftig, weil er noch nicht in allen Punkten praxisgerecht ist. Dies gilt auch für Formulierungen, die vordergründig die Verfügungsmöglichkeiten der Verwerter betreffen; hier ist aber zu berücksichtigen, dass der Entwurf die Möglichkeit bietet, auf der Grundlage von allgemeinen Vergütungsregeln praxisbezogen Flexibilität herzustellen. In diesem Zusammenhang wäre es auch erwägenswert zu prüfen, inwieweit es sinnvoll sein könnte, gemeinsame Vergütungsregeln für allgemeinverbindlich zu erklären.

Die Initiative Urheberrecht ist, ebenso wie ihre Mitgliedsorganisationen, bereit, nicht nur mit der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag, sondern auch mit den Verwertern in einen Dialog über die Ziele und die Formulierungen des Gesetzes einzutreten.

Wem, wenn nicht den Urhebern und ausübenden Künstlern könnte die Differenziertheit bestimmter Verwertungsvorgänge aus ihrer täglichen Erfahrung besser bekannt sein, die im Rahmen des Möglichen Berücksichtigung finden sollten, soweit dadurch nicht die Ziele der Reform aus dem Blick geraten.

Insofern betrachten wir die nachstehende Stellungnahme auch als Angebot an die Unternehmen der Kulturwirtschaft, gemeinsam mit UrheberInnen und ausübenden KünstlerInnen, vertreten in der Initiative Urheberrecht, alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um mit der Verabschiedung des Entwurfs die Voraussetzung für die Schaffung einer gemeinsamen und die Interessen beider Seiten gerecht berücksichtigenden Grundlage für die Entwicklung der Kulturwirtschaft im Zeitalter der Digitalwirtschaft zu erarbeiten.

1. Stärkung der Stellung der Urheber und ausübenden Künstler in Verwertungsverträgen

Die Verwertungsverträge in den meisten Branchen, z.B. in der Presse, werden durch ein ausgebautes System von Standardverträgen, also Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Verwerter, geprägt. In diesen Geschäftsbedingungen ist die Übertragung zahlreicher Nutzungsrechte vorgesehen, die zur Erfüllung des Vertragszwecks nicht erforderlich sind und ganz überwiegend nicht gesondert vergütet werden. Die Rechtsprechung hat es nicht vermocht, diese Vertragspraxis, die von den Urhebern und ausübenden Künstlern als ungerecht und belastend wahrgenommen wird, den Zielen des Urhebervertragsrechts entsprechend und im Sinne der Durchsetzungen eines Leitbilds der fairen vertraglichen Zusammenarbeit zu korrigieren. Der Referentenentwurf wird insoweit seinem Ziel, diesen Zustand durch eine Reform des § 32, der die individuelle Stellung der Autoren formuliert, nicht gerecht. § 32 Abs. 2 E schafft keinen neuen Anspruch, sondern nimmt nur auf den Individualanspruch des § 32 Abs. 1 Bezug. Dieser kann als gesetzliches Leitbild von Verbänden jedoch nicht überprüft werden.

Wir schlagen deshalb die Einführung eines neuen § 31 Abs. 5 vor, der die Möglichkeit schafft, Allgemeine Geschäftsbedingungen gerichtlicher Überprüfung auch durch Verbände zu öffnen (nachstehend a);

weiterhin schlagen wir eine klarstellende Ergänzung zum Wortlaut des § 32 Abs. 2 E vor (nachstehend b);

schließlich empfehlen wir eine Klarstellung der Verjährungsvorschriften in einem neuen Absatz 5 des § 32, der die Bereitschaft der Organisationen der Urheber zur Verhandlung von Vergütungsregeln stärken soll (nachstehend c).

a. Einführung § 31 Abs. 5 (neu):

Werden Nutzungsrechte durch für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierte Vertragsbedingungen über den von beiden Parteien zu Grunde gelegten Vertragszweck hinaus eingeräumt, ist eine Bestimmung zur Einräumung unwirksam, wenn die den Urheber entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt. Eine unangemessene Benachteiligung kann sich insbesondere daraus ergeben, dass

- (a) eine angemessene Beteiligung des Urhebers für jede Nutzung nicht vorgesehen ist,**
- (b) die Bestimmung nicht klar und verständlich ist**

b. Ergänzung § 32, Absatz 2 E:

„Eine Vergütung nach Satz 2 ist in der Regel nur dann angemessen, wenn der Urheber für mehrfache Nutzungen **oder für die Einräumung von unterschiedlichen Nutzungsrechten hinsichtlich desselben Werks** Anspruch auf jeweils gesonderte Vergütung hat.

c. Einführung § 32 Abs. 5 (neu):

Die Verjährung des Anspruchs auf Zahlung einer angemessenen Vergütung wird gehemmt:

- 1. durch die Aufnahme von Verhandlungen zur Bestimmung der Angemessenheit von Vergütungen nach § 36, oder durch ein Verfahren vor der Schiedsstelle, solange diese Verhandlungen oder das Verfahren andauern und soweit die Parteien eines Nutzungsvertrags (in dem Verfahren) vertreten sind;**
- 2. wenn die Vertragsparteien wechselseitig erklären, dass sie das Ergebnis von noch laufenden Vergütungsverhandlungen als verbindlich anerkennen werden, oder**
- 3. wenn ein auch die Parteien des Nutzungsvertrags betreffendes Verfahren nach § 36 a Abs. 3 anhängig ist.**

(wortgleich mit § 31 Abs. 7 Kölner Entwurf)

2. Redaktionelle Klarstellung in § 32 b zu § 32 d E in Bezug auf Auskunftsverpflichtungen:

Der Vollständigkeit halber sollte in § 32 b geltendes UrhG eingefügt werden:

„Die §§ 32, 32 a **und 32 d** finden zwingend Anwendung“

3. Definition der Verwerterorganisationen, die aufgefordert werden können, über den Abschluss von Gemeinsamen Vergütungsregeln zu verhandeln:

In der bisherigen Praxis habe sich einzelne Verwerterorganisationen Verhandlungen über den Abschluss von Gemeinsamen Vergütungsregeln mit Erfolg entziehen können, obwohl sie entweder in anderen Bereichen tarifpolitisch aktiv sind oder sich als Verband zu urhebervertraglichen Regelungen einschließlich Vergütungsfragen regelmäßig äußern oder Empfehlungen abgeben. Der Entwurf versucht, diesem widersprüchlichen Verhalten durch eine Ergänzung in § 36 Abs.2 Einhalt zu gebieten. Wir halten diese Formulierung für missglückt, weil sie vorsieht, dass Verwerterorganisationen sich durch Mitgliedsbeschluss Verhandlungen auch weiterhin entziehen können. Begründet wird dieser Regelungsvorschlag mit einem Hinweis auf die negative Vereinigungsfreiheit des Art. 9 GG. Diese Begründung überzeugt nicht. Die negative Koalitionsfreiheit wird nicht berührt, wenn man eine wie von uns vorgeschlagene Formulierung wählt, die auf die faktischen tarifpolitischen Aktivitäten und Empfehlungen der Verbände abstellt. Darüberhinaus halten wir die entsprechende Regelung für Urheber, die gegenüber der geltenden Gesetzgebung ein Novum darstellt, an dieser Stelle für nicht geboten. Unser Vorschlag lautet:

§ 36 Abs. 2 letzter Satz (neu):

Vereinigungen nach § 36 Abs. 1 müssen repräsentativ, unabhängig und zur Aufstellung gemeinsamer Vergütungsregeln ermächtigt sein (jetziger Text).

Eine Vereinigung von Werknutzern gilt dann als ermächtigt im Sinne von Satz 1, wenn sie eigene Empfehlungen zu Urhebervergütungen erarbeitet oder sich in sonstiger vergleichbarer Weise damit befasst.

4. Verbindlichkeit des Schlichtungsverfahrens

Der Entwurf verzichtet darauf, der Forderung der Urheber und ausübenden Künstler nachzukommen, die Erklärung der Verbindlichkeit des Schlichtungsspruches durch eine gesetzliche Regelung zu ermöglichen. Der Begründung können wir nicht folgen.

Es geht nicht darum, gesetzlich einen Eingriff in die Vertragsfreiheit zu statuieren, obwohl auch dies bei erwiesener fehlender „Waffengleichheit“ verfassungsrechtlich zu rechtfertigen wäre. Es geht vielmehr darum, die im Schlichtungsverfahren vom Schlichter festgestellte Angemessenheit durch ein Gericht überprüfen zu lassen und damit dem Verwerter die Möglichkeit zu nehmen, sich ohne Begründung dem Abschluss einer Vergütungsregel nach längerer Verhandlung und Schlichtung zu entziehen.

Die Initiative hält ihre Forderung aufrecht, eine Formulierung in das Gesetz aufzunehmen, die die Feststellung der Verbindlichkeit des Schlichtungsergebnisses ermöglicht:

§ 36 Abs. 5 (neu):

Innerhalb von drei Monaten nach Zustellung der förmlichen Feststellung der Schlichtungsstelle, dass ein Einigungsvorschlag nicht angenommen worden ist, kann jede Partei bei dem nach § 16 Abs. 4 Satz 1 des UrhWG zuständigen OLG im ersten Rechtszug Antrag auf Prüfung der Angemessenheit der im Einigungsvorschlag vorgesehenen Mindestvergütung und anderen Mindestbedingungen stellen.

5. Verbandsklagerecht

Die Initiative Urheberrecht begrüßt, dass der Entwurf die Forderungen der Urheber und ausübenden Künstler aufgreift, im Falle des Verstoßes gegen Allgemeine Vergütungsregeln Verbandsklagen zuzulassen. Dies ist ein unverzichtbares Mittel, um die Konfrontation des einzelnen Urhebers oder ausübenden Künstlers mit einem übermächtigen Verwerter zu vermeiden, deren Konsequenz in nicht wenigen Fällen die Ausgrenzung des Urhebers oder ausübenden Künstlers, aus der weiteren Zusammenarbeit ist (sog. „Blacklisting“).

Allerdings geht der Entwurf nicht weit genug, weil er in § 36 b die Verbandsklagemöglichkeit nur gegen Verwerter eröffnet, die selbst Partei der Vergütungsregeln oder Mitglied von Organisationen sind, die diese Vergütungsregeln abgeschlossen haben. Dieser Ansatz vernachlässigt den Gesichtspunkt, dass allgemeine Vergütungsregeln als Angemessenheitsmaßstab Branchenstandards setzen sollen. Das war erklärtes Ziel der Gesetzgebung des Jahres 2002. Jedenfalls dann, wenn eine

Vergütungsregel mit einem Branchenverband abgeschlossen oder deren Angemessenheit gerichtlich festgestellt wurde, muss auch gegen Verwerter außerhalb des Verbands eine Klage zulässig sein. Andernfalls könnte die Regelung zu einer Flucht aus den Verbänden führen, denn dieder Austritt aus dem Verband die wäre ein einfaches Mittel, sich dem Anwendungsbereich von Vergütungsregeln zu entziehen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Verbandsklagen auch gegen solche Verwerter geführt werden können, die Verwertungshandlungen vornehmen, die bereits Gegenstand von Vergütungsregeln sind. Dies entspricht auch dem Rechtsgedanken des § 32, der in Abs. 2 festlegt, dass eine Vergütung angemessen ist, wenn sie in einer gemeinsamen Vergütungsregel festgelegt ist (nachstehend a).

Alternativ wäre zu überlegen, wie Vergütungsregeln für alle unter ihren fachlichen Geltungsbereich fallenden und als Partei nicht unmittelbar an sie gebundenen Verwerter Anwendung finden können, wenn dies geboten erscheint, um die mit dem Urhebervertragsrecht verfolgten Ziele zu erreichen.

Des weiteren sind wir der Auffassung, dass auch Entscheidungen von Gerichten für Urheberrechtsstreitsachen, die in Fragen der Anwendung von gemeinsamen Vergütungsregeln ergangen sind, als Grundlage für die Durchsetzung von Ansprüchen in späteren Verfahren dienen sollten.

Übernommen wird die vorgeschlagene Ergänzung des geltenden Rechts, dass auch Urheberorganisationen auf Unterlassung in Anspruch genommen werden können (nachstehend b).

a. § 36 b Abs. 1 E:

Vorgeschlagen wird, Absatz 1 Satz 1 Ziff. 1 und 2 wie folgt zu formulieren:

(1) Wer in einem Vertrag mit einem Urheber eine Bestimmung verwendet, die zum Nachteil des Urhebers von gemeinsamen Vergütungsregeln abweicht, kann auf Unterlassung in Anspruch genommen werden, wenn

1. er als Werknutzer die gemeinsamen Vergütungsregeln selbst aufgestellt hat oder
2. die gemeinsamen Vergütungsregeln von Branchenverbänden aufgestellt wurden

b: Ergänzung § 36 b E Absatz 3 (neu):

(3) Rechtskräftige Entscheidungen der Gerichte für Urheberrechtsstreitsachen nach § 105 UrhG, die in Rechtsstreitigkeiten zwischen den Vertragsparteien aus der Vereinbarung über die gemeinsamen Vergütungsregeln oder über das Bestehen oder Nichtbestehen gemeinsamer Vergütungsregeln ergangen sind, sind in Rechtsstreitigkeiten zwischen Werknutzern und Urhebern für die Gerichte und Schiedsgerichte bindend.

6. Individueller Nachforderungsanspruch

Der Entwurf weist diesen Nachforderungsanspruch wegen Verstoßes eines Verwerter gegen eigene gemeinsame Vergütungsregeln in § 36 c E dem einzelnen Urheber zu. Dieser Anspruch gehört

systematisch zu § 32 (vgl. § 32 Abs. 3 geltenden Fassung), ist somit wohl teildentisch mit der Regelung in § 32 Abs. 3 und insoweit ohne eigenen rechtlichen Gehalt.

Sollte der gesetzgeberische Ansatz jedoch bestehen bleiben, sollte dieser Korrekturanpruch im Sinne der Ziff. 5 dieser Stellungnahme vor allem auch von Verbänden geltend gemacht werden können. Wirschlagen zudem folgende Formulierung vor, die eine Verlängerung des Eintretens der Verjährungsfrist durch Hemmnis zum stärkeren Schutz des Urhebers vorsieht:

Ergänzung zu § 36 c (E):

- 2. Die Verjährung des Anspruchs auf Zahlung einer angemessenen Vergütung wird gehemmt:**
 - 1. durch die Aufnahme von Verhandlungen zur Bestimmung der Angemessenheit von Vergütungen nach § 36, solange diese Verhandlungen andauern und soweit die Parteien eines Nutzungsvertrages in dem Verfahren vertreten sind;**
 - 2. wenn die Vertragspartner wechselseitig erklären, dass sie das Ergebnis von noch laufenden Vergütungsverhandlungen als verbindlich anerkennen werden, oder**
 - 3. wenn ein auch die Parteien des Nutzungsvertrages betreffendes Verfahren nach § 36a Abs. 3 anhängig ist.**

Die §§ 203, 204 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleiben unberührt.

(gleichlautend mit § 32 Abs. 6 Kölner Entwurf)

7. Rückrufrecht wegen anderweitiger Nutzung (§ 40 a E) in Verbindung mit Vorkaufsrecht (§ 40 b E) sowie wegen Nichtausübung (§ 41 E)

Die Initiative unterstützt den Entwurf in § 40 a, zumal der Vorschlag in Abs. 6 vorsieht, dass in gemeinsamen Vergütungsregeln bzw. in Tarifverträgen von den strengen Vorgaben des Entwurfs, die zum Schutz und zur Stärkung der Position der Urheber erforderlich sind, praxisgerecht abgewichen werden kann. Hierdurch wird die von der Kulturwirtschaft zu Recht geforderte Flexibilität der vorgesehenen Regelung gewährleistet.

Unter diesen Umständen können die bereits geäußerten Einwände der Verwerter gegen die Einführung eines Vorkaufsrechts gemäß § 40 b E nicht nachvollzogen werden.

Sachgerecht ist deshalb auch die geplante Einführung eines Rückrufrechts wegen Nichtausübung, zumal auch dies unter dem Vorbehalt abweichender Regelung in Absatz 4 steht.

8. Gleichstellung der Ausübenden Künstler

Wichtiges Anliegen der Initiative Urheberrecht ist die Gleichstellung der Ausübenden Künstler mit den Urhebern, die mit der vorangegangenen Reformen zwar auch beabsichtigt war, aber nur zum Teil erfolgt ist.

Die Initiative Urheberrecht begrüßt insofern die Ansätze des Entwurfs mit der Einführung eines Anspruchs für später bekannte Nutzungsarten, hält sie jedoch nicht für ausreichend. Insbesondere führt § 79 Abs. 1 zu einer unausgewogenen Schwächung der Position der ausübenden Künstler, die

dem Fairnessgedanken des Urhebervertragsrechts widerspricht. Die vertragliche Gleichstellung der ausübenden Künstler sollte dadurch erfolgen, dass auch sie ihre Rechte nur im Wege der Einräumung von Nutzungsrechten vergeben können. Das bildet § 79 Abs. 2 ab. Hierfür gelten auch die vertraglichen Schutznormen der §§ 31 ff., auf die § 79 Abs. 2 ausdrücklich verweist. Demgegenüber lässt § 79 Abs. 1 eine Vollrechtsübertragung zu mit der Folge, dass für die ausübenden Künstler das schützende Vertragsrecht der §§ 31 ff. keinerlei Anwendung findet. Eine Vollrechtsübertragung mag für unternehmerische Leistungsschutzrechte wie die der Produzenten sinnvoll sein, verkennt aber den persönlichkeitsrechtlichen Charakter des Rechts der ausübenden Künstler. Als Kreativer vergibt er seine Rechte wie der Urheber durch die Einräumung von Nutzungsrechten. § 79 Abs. 1 ist daher zu streichen.

Der Vorschlag zu § 79 b Abs. 1 Satz 2 E sollte zumindest eine Erweiterung erfahren, die sich aus der Neufassung des Verwertungsgesellschaftsgesetzes ergibt. Dieses ermöglicht die Existenz von Verwertungseinrichtungen neben Verwertungsgesellschaften.

Im übrigen wird die kollektive Rechtswahrnehmung des Anspruchs aus § 79 b ausdrücklich begrüßt, ebenso wie die Einführung der Verdoppelung der Vergütung im Falle nicht vollständiger Angaben, die wir als zukunftsweisend betrachten.

Wir schlagen folgende Ergänzungen vor:

a. Streichung des § 79 Abs. 1

b: Ergänzung § 79 b Abs. 1 Satz 2 E:

„Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft **oder eine Verwertungseinrichtung** geltend gemacht werden“.

9. Weiterer Handlungsbedarf zur Absicherung von Nutzungsrechten und Vergütungsansprüchen

1. Schutz der Urheber und ausübenden Künstler vor ungerechtfertigten Abtretungen

Der Entwurf beabsichtigt in den §§ 88 Abs. 2 E und § 90 Satz 1 E, Einschränkungen zu Lasten der Urheber und ausübenden Künstler im Falle von Rechtseinräumungen abzumildern. Dieser Ansatz wird im Interesse der Umsetzung des Schutzgedankens des Urhebervertragsrechts begrüßt. Längerfristig ist die Initiative Urheberrecht der Auffassung, dass die die Urheber und ausübenden Künstler einschränkenden Regeln in den §§ 88, 89 und 90 bzw. 92 einer Überprüfung bedürfen.

2. Vergütungsansprüche ausländischer Urheber und ausübender Künstler

Mit der Unverzichtbarkeit und der Einschränkung der Vorausabtretbarkeit nur an Verwertungsgesellschaften hat der Gesetzgeber die gesetzlichen Vergütungsansprüche besonders abgesichert. Unabhängig von der Frage, ob an diesen Vergütungen nach § 63 a auch Verleger beteiligt werden können, war Intention des Gesetzgebers, den Urhebern – und über die Verweisung in § 83 auch den ausübenden Künstlern – besonders gesicherte Ansprüche zukommen zu lassen, die

nicht an Verwerter abtretbar sind. Die Vergütungsansprüche als Maßnahmen im Bereich der Schrankenregelungen betreffen zwingend Nutzungen in Deutschland. Anders als bei § 32 b Nr. 2 für die Ansprüche auf angemessene Vergütung fehlt bei § 63 a bisher aber die ausdrückliche Klarstellung, dass die Unverzichtbarkeit auch für ausländische Werke gilt. Nur durch eine derartige Ergänzung kann ausgeschlossen werden, dass Verwerter unter Hinweis auf das US-amerikanische Prinzip des „work made for hire“ behaupten können, diese den Urhebern zustehenden Vergütungen seien wirksam an sie abgetreten.

Aus dem Fehlen einer dem § 32 b vergleichbaren Norm wird nämlich hergeleitet, dass die Einschränkungen in der Abtretung bei ausländischen Verträgen nicht gelten. Den ausländischen Urhebern und ausübenden Künstlern werden dadurch die ihnen zugewiesenen Vergütungen unter Umständen vorenthalten.

Die gleiche Situation gilt auch für den gesetzlichen Vergütungsanspruch der ausübenden Künstler für die Sendung und öffentliche Wiedergabe von Tonträgern nach § 78 Abs. 2, der nach § 78 Abs. 3 ebenfalls unverzichtbar und im Voraus nur an eine Verwertungsgesellschaft abtretbar ist.

Wir schlagen daher eine neue Formulierung vor:

a. Ergänzung § 63a (neu):

„Auf gesetzliche Vergütungsansprüche nach diesem Abschnitt kann der Urheber im Voraus nicht verzichten. Sie können im Voraus nur an eine Verwertungsgesellschaft abgetreten werden. Dies gilt zwingend, soweit Grundlage der gesetzlichen Vergütungsansprüche Nutzungen im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes sind. Abweichend von Satz 2 können die Vergütungsansprüche im Voraus zusammen mit der Einräumung des Verlagsrechts auch dem Verleger abgetreten werden wenn dieser sie durch eine Verwertungsgesellschaft wahrnehmen lässt, die Rechte von Verlegern und Urhebern gemeinsam wahrnimmt.“

b. Ergänzung § 78 Abs. 3 Satz 3:

„Dies gilt zwingend, soweit Grundlage der Vergütungsansprüche Nutzungen im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes sind.“

Die Initiative Urheberrecht bezieht sich mit dieser Stellungnahme in weiten Teilen auf die „Vorschläge der Initiative Urheberrecht zur Reform des Urhebervertragsrechts“ vom März dieses Jahres und behält sich vor, weitere Stellungnahmen in Laufe der kommenden Monate zu veröffentlichen.

Prof. Dr. Gerhard Pfennig
Sprecher der Initiative Urheberrecht

Berlin, 6. Oktober 2015

* Im Folgenden ist der besseren Lesbarkeit halber immer die männliche Form gewählt worden, selbstverständlich gelten sämtliche Ausführungen auch für Urheberinnen, Produzentinnen etc.

Rückfragen:

Initiative Urheberrecht

Katharina Uppenbrink / Geschäftsführung

Mohrenstraße 63 / D-10117 Berlin

+49 (0) 30 2091 5807

katharina.uppenbrink@urheber.info / www.urheber.info

Initiative Urheberrecht

In der Initiative arbeiten über 35 Verbände und Gewerkschaften zusammen, die die Interessen von insgesamt rund 140.000 UrheberInnen und ausübenden KünstlerInnen vertreten.